

Inhaltsverzeichnis

I	Betriebsaufspaltung im Blickwinkel der Betriebsprüfung . . .	1
	Schrifttum	1
	Verwaltungsanweisungen	4
1	Die Bedeutung der Betriebsaufspaltung für die (mittelständische) Wirtschaft	7
2	Fehlende Rechtsgrundlagen der Betriebsaufspaltung im Steuerrecht	9
3	Abgrenzung zu Mitunternehmerschaft, Betriebsverpachtung und Betriebsführungsvertrag	10
	3.1 Abgrenzung zur Mitunternehmerschaft	10
	3.2 Abgrenzung zur Betriebsverpachtung	11
	3.3 Abgrenzung zum Betriebsführungsvertrag	11
4	Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung	12
	4.1 Personelle Voraussetzungen	13
	4.1.1 Mehrheit von Personen bei Besitz- und Betriebsgesellschaften (Bestimmung der erforderlichen Beteiligungsverhältnisse)	13
	4.1.2 Besonderheiten bei der Zusammenrechnung von Beteiligungen naher Angehöriger	17
	4.1.3 Sonstige Beherrschungskriterien	22
	4.1.4 Gestaltungsvarianten zur Vermeidung der Betriebsaufspaltung	32
	4.2 Sachliche Voraussetzungen (Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen)	38
	4.3 Nachträgliche Erfassung einer Betriebsaufspaltung	49
	4.4 Steuerliche Einzelfragen bei der Begründung der Betriebsaufspaltung	50
	4.4.1 Vollzug der Betriebsaufspaltung (steuerliche Konsequenzen bei rückwirkend vorgenommenen Betriebsaufspaltungen)	51
	4.4.2 Problematik der Gewinnrealisierung bei der Begründung der Betriebsaufspaltung	52
5	Beendigung der Betriebsaufspaltung	60
	5.1 Beendigung des Pachtvertrags (Weiterverpachtung an Dritte)	60
	5.2 Wegfall der personellen oder sachlichen Voraussetzungen	63

5.3	Umwandlung der Betriebskapitalgesellschaft auf das Besitzunternehmen	71
5.4	Einbringung des Besitzunternehmens in die Betriebskapitalgesellschaft	72
II	Schätzung in der Betriebsprüfung	75
	Schrifttum	75
	Verwaltungsanweisungen	78
1	Voraussetzungen für die Schätzung	79
2	Rechtsprechung zur Schätzung	80
3	Die Buchführung als Ansatzpunkt für den Betriebsprüfer ...	81
4	Das Grundprinzip des Benford'schen Gesetzes	90
5	Der Chi-Quadrat-Test	91
6	Folgen der Vernichtung von Unterlagen	95
7	Schätzung von Zinseinkünften	96
8	Nachkalkulation	97
9	Geldverkehrs- und Vermögenszuwachsrechnung (Methoden zur Aufdeckung von Schwarzgeldern)	99
10	Zeitreihenvergleich	102
11	Äußerer Betriebsvergleich	105
12	Schätzungsfehler	106
13	Schätzung trotz anhängigen Strafverfahrens	106
III	Rückstellungen in der Praxis der Betriebsprüfung	109
	Schrifttum	109
	Verwaltungsanweisungen	117
1	Typen von Rückstellungen	120
2	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	122
2.1	Gründe für die Bildung einer Rückstellung	122
2.2	Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen	125
2.3	Ungewissheit	133
2.4	Betriebliche Veranlassung	138
2.5	Wahrscheinlichkeit des Bestehens der Verbindlichkeit und der Inanspruchnahme	139
2.6	Wirtschaftliche Belastung (Verursachung) in der Vergangenheit	144
2.7	Bewertung von Rückstellungen	148
2.8	Die Neuregelung der sog. angeschafften Rückstellungen nach § 4f und § 5 Abs. 7 EStG	153
2.9	Auflösung von Rückstellungen	155
2.10	Nachholung einer nicht gebildeten Rückstellung	156

3	Sonstige Rückstellungen im Überblick	156
3.1	Erfolgsabhängige Verpflichtungen (§ 5 Abs. 2a EStG)	156
3.2	Rückstellungen wegen Verletzung fremder Schutzrechte (§ 5 Abs. 3 EStG)	157
3.3	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen (§ 5 Abs. 4 EStG)	158
3.4	Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (§ 5 Abs. 4a EStG)	158
3.5	Rückstellungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Entsorgungsrückstellungen für radioaktive Reststoffe oder Anlageteile (§ 5 Abs. 4b EStG)	162
3.6	Steuerbilanzielle Bildung von Bewertungseinheiten bei Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken (§ 5 Abs. 1a EStG)	164
IV	Gewerblicher Grundstückshandel	167
	Schrifttum	167
	Verwaltungsanweisungen	169
1	Dauerbrenner-Thema in der Betriebsprüfung	170
2	Probleme bei der Abgrenzung der Gewerblichkeit	170
3	Die Drei-Objekt-Grenze ist ein wichtiges, aber nicht immer allein entscheidendes Kriterium	172
4	Einzelfragen der Abgrenzung zwischen privater Vermögensverwaltung und Gewerbebetrieb	181
4.1	Fünf-Jahres-Zeitraum: geringfügige Überschreitung schadet nicht	181
4.2	Was zu den „Objekten“ i. S. der „Drei-Objekt-Grenze“ zählt	182
4.2.1	Unbebaute Grundstücke gehören ebenfalls zu den Objekten	182
4.2.2	Nicht einzubeziehende Objekte	185
4.2.3	Rechtliche Zweifelhaftheit von Einbringungsvorgängen als Anschaffungen	188
4.3	Eine bedingte Veräußerungsabsicht ist schwer zu widerlegen	189
4.4	Branchennähe stützt die bedingte Veräußerungsabsicht	193
4.5	Erbfälle bleiben unberücksichtigt – Ausnahme ist der Erwerb i. R. der vorweggenommenen Erbfolge	194

4.6	Gewerblicher Grundstückshändler ist, wer Erschließungsmaßnahmen in „eigener Regie“ durchführt	195
4.7	Aufteilung in Eigentumswohnungen	196
4.8	Drei-Objekt-Grenze: Keine Abschirmwirkung von Personengesellschaften	197
4.9	Drei-Objekt-Grenze: Eingeschränkte Abschirmwirkung der GmbH	200
5	Beginn des gewerblichen Grundstückshandels; Ermittlung des Veräußerungsgewinns	204
5.1	Zeitpunkt der Fertigstellung als Beginn des gewerblichen Grundstückshandels	204
5.2	Ermittlung des Veräußerungsgewinns	205
6	Unterbrechung und Ende eines gewerblichen Grundstückshandels	207
7	Folgen des gewerblichen Grundstückshandels	209
8	Strategien zur Vermeidung eines gewerblichen Grundstückshandels	211
8.1	Strikte Trennung privat gehaltener Immobilien	211
8.2	Durch geschicktes Agieren kann die Drei-Objekt-Grenze angehoben werden	211
8.3	Nutzung der Drei-Objekt-Grenze durch Großobjekte	213
8.4	Vermeidung von „typischen Bauträgertätigkeiten“	213
8.5	Ausländische Grundstücksgesellschaften	213
9	Streitpunkt gewerblicher Grundstückshandel: In der Betriebsprüfung sind gute Argumente gefordert	214
V	Gesellschafter-Geschäftsführer-Vergütung	217
	Schrifttum	217
	Verwaltungsanweisungen	219
1	Wirksamer Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer	220
2	Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers	222
2.1	Rechtsprechung des BFH	222
2.2	Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung der Angemessenheit	223
2.3	Art und Umfang der Tätigkeit	225
2.4	Ertragsaussichten der Gesellschaft	229
2.5	Fremdvergleich	229
2.6	Zuschläge	230
3	Tantieme	232
3.1	Bedeutung in der Praxis	232

	3.2	Wirksame Vereinbarung	233
	3.3	Angemessenheit der Tantieme	235
	3.4	Umsatztantieme	239
4		Pensionszusage	240
VI		Geschenke und Bewirtungskosten	255
		Schrifttum	255
		Verwaltungsanweisungen	255
1		Erhöhtes Mehrergebnis durch formelle Aufzeichnungspflichten	256
2		Geschenke	256
	2.1	Begriff der Aufwendungen für Geschenke	257
	2.2	Unentgeltlichkeit der Zuwendung	258
	2.3	Gegenstand des Geschenks	261
	2.4	Wertgrenze	262
	2.5	Empfänger von Geschenken: keine Arbeitnehmer	262
	2.6	Rechtsfolge	264
	2.7	Umsatzsteuer	264
3		Bewirtungsaufwendungen	264
	3.1	Abgrenzungen zu den Aufwendungen der Lebensführung	266
	3.2	Definition des Bewirtungsbegriffs	270
	3.3	Bewirtung aus geschäftlichem Anlass	273
	3.4	Nachweis der Höhe und der betrieblichen Veranlassung	275
	3.5	Verhältnis zwischen Bewirtungsaufwendungen und Geschenken	278
4		Aufzeichnungspflichten	278
	4.1	Allgemeines	278
	4.2	Anforderungen an die Aufzeichnungen	279
	4.3	Folgen unrichtiger Verbuchung	281
VII		Liebhaberei im Brennpunkt der Betriebsprüfung	283
		Schrifttum	283
		Verwaltungsanweisungen	284
1		Grundsätze der Liebhaberei	285
2		Fehlende Einkünfteerzielungsabsicht	289
	2.1	Persönliche Gründe der Lebensführung	290
	2.2	Von Beginn an ausschließlich persönliche Gründe (Wechsel zwischen Einkünfteerzielungsabsicht und persönlichen Gründen)	293
	2.3	Feststellungslast	298

3	Totalgewinn	299
4	Einzelfragen	305
	4.1 Besonderheiten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	305
	4.1.1 Allgemeine Grundsätze	305
	4.1.2 Besonderheiten bei Ferienwohnungen	309
	4.1.3 Subjektive Momente, Bestimmung des Prognosezeitraums, Sonstiges	312
	4.2 Anwendungsfragen bei Personenmehrheiten (Personengesellschaften und vergleichbare Gemeinschaftsverhältnisse)	318
5	Körperschaftsteuer	323
6	Umsatzsteuer	323
VIII	Das Benennungsverlangen der Finanzämter gemäß § 160 AO	325
	Schrifttum	325
	Verwaltungsanweisungen	326
1	Kein Betriebsausgabenabzug bei unerwünschten Geschäften	326
	1.1 Bedeutung der Vorschrift für die Stpfl.	326
	1.2 Benennung des Zahlungsempfängers für den Betriebsausgabenabzug	327
	1.3 Verhinderung von Steuerausfällen	328
	1.4 Keine Ermittlungspflicht	328
	1.5 Verhältnis zu anderen Vorschriften	329
2	Begriff der Schulden und Lasten	331
3	Verlangen der Finanzbehörde zur Empfängerbenennung ...	332
	3.1 Rechtsnatur des Verlangens	332
	3.2 Ermessenscharakter des Benennungsverlangens	332
	3.3 Genaue Bezeichnung des Empfängers	337
	3.4 Kein Einfluss auf Auskunftsverweigerungsrechte	343
4	Rechtsfolgen der Nichterfüllung des Benennungsverlangens	344
5	Verfahrensfragen	347
IX	Private Nutzung betrieblicher Kfz; Anforderungen an ein Fahrtenbuch	351
	Schrifttum	351
	Verwaltungsanweisungen	352
1	Vorbemerkungen	354

1.1	Keine einheitliche Betrachtungsweise bei Ertragsteuern und Umsatzsteuer	360
1.2	Fahrtenbuchregelung	361
1.3	Schätzung des nichtunternehmerischen Nutzungsanteils	362
2	Fahrtenbuch mit Kostendeckelung	362
3	Gesetzliche Neuregelung	363
4	Praktische Auswirkungen (Fallbeispiele)	365
5	Anforderungen an ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch	367
X	Der Investitionsabzugsbetrag gem. § 7g EStG nach der Unternehmenssteuerreform 2008	377
	Schrifttum	377
	Verwaltungsanweisungen	381
1	Gründe für die Neufassung des § 7g EStG	382
	Überblick: Neues Recht versus altes Recht.	386
2	Grundelemente der neuen Fördersystematik	390
2.1	Allgemeines	390
3	Förderfähige Betriebe.	392
3.1	Definition der Betriebsvermögensgrenze	392
3.2	Gestaltungsmöglichkeit	396
3.3	Besonderheiten bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft	397
3.4	Bestimmung des Investitionszeitraums	398
3.5	Erstreckung des Investitionsabzugsbetrags auf Betriebsstätten in der EU	399
4	Konkretisierung der Investitionen	399
4.1	Dokumentation der Investitionsabsichten	399
4.2	Finanzierungszusammenhang zwischen Bildung des Investitionsabzugsbetrags und der Investitionen.	401
4.3	Probleme bei der nachträglichen Geltendmachung des Investitionsabzugsbetrags	403
4.4	Weitere Einzelfragen	405
5	Verbleibensvoraussetzungen	405
6	Bezeichnung des Wirtschaftsgutes	406
6.1.	Alte Rechtslage.	406
6.2	Neue Rechtslage.	410
7	Berechnung des Höchstbetrages	412
8	Besonderheiten bei geringwertigen Wirtschaftsgütern.	412
9	Entstehen von Verlusten	415

10	Auflösung des Investitionsabzugsbetrages	415
	10.1 Allgemeines	415
	10.2 Übereinstimmung zwischen den tatsächlichen und prognostizierten Anschaffungskosten	416
	10.3 Tatsächliche Anschaffungskosten sind höher als die prognostizierten	417
	10.4 Tatsächliche Anschaffungskosten sind niedriger als die prognostizierten	417
	10.5 Folgen einer Nichtinvestition	418
	10.6 Konsequenzen bei Verstoß gegen die Verbleibens- und/oder Nutzungsvoraussetzungen.	421
11	Verfahrensfragen	423
XI	Spezifische Prüfungsschwerpunkte im Baugewerbe	427
1	Branchenspezifische Besonderheiten im Baugewerbe und deren Ursachen	427
2	Nachversteuerung von verkürzten Beträgen.	429
3	Streichung des Betriebsausgabenabzugs wegen fehlender oder unzureichender Empfängerbenennung	430
4	Probleme bei der Geltendmachung des Vorsteuerabzugs.	434
XII	Steuerchaos Gaststättengewerbe	441
	Schrifttum	441
	Verwaltungsanweisungen	441
1	Wirtschaftliches Umfeld der Branche.	442
2	Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	443
	2.1 Allgemeines	443
	2.2 Folgen der Schätzung.	450
3	Umkippen eines Besteuerungsverfahrens in ein Steuerstraßverfahren.	451
	3.1 Strafrechtliche Risiken für Großhändler.	451
	3.2 Spezifische Risiken für involvierte Berater (und Ge- schäftspartner)	451
	Stichwortverzeichnis	453